

Hildegard Maria Nickel

20 Jahre nach dem Fall der Mauer

Festrede zum Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin (ÜPFI)

11. Februar 2009

Liebe

Ich danke der Veranstalterin, ÜPFI in Person von Carola von Braun, für die Einladung. Wir stehen noch am Anfang des Jahres 2009. Die Welle der Vorträge und Festveranstaltungen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls läuft erst an. Ich bin froh, dass ich zu denen gehören darf, die den Reigen mit eröffnen.

Ich will auch zu Beginn gleich sagen, dass ich heute noch – 20 Jahre nach diesem historischen, wenn auch zunächst nicht intendierten Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR – glücklich über den Fall der Mauer bin. Trotz ambivalenter Erfahrungen und oft negativer Verlaufsprozesse im Vereinigungsprozess – was für eine historische Chance! Manchmal stehe ich auf meinem Balkon im 10. Stock in der Heinrich-Heine-Straße und sehe in Gedanken das alte Bild: Der wenig frequentierte Grenzübergang, ringsherum die Mauer, dahinter das vermint „Niemandland“ zwischen Mitte und Kreuzberg. Ich konnte die Dächer von Kreuzberg und Tempelhof sehen, ein Stück jenes Teils von Berlin, in dem meine Mutter lebte und der für mich „kapitalistisches Ausland“ war, weiter weg als Moskau oder Prag. Ich werde auch das Bild nicht vergessen, das ich während der ersten Tage nach Öffnung der Grenze von meinem Balkon aus beobachtet habe: Einem Demonstrationszug gleich bewegten sich Hunderte vom S-Bahnhof Jannowitzbrücke auf den Übergang Heinrich-Heine-Straße zu, im Laufschrift, weil die Menschen Angst hatten, die Grenze könnte sich doch wieder schließen, noch bevor sie selbst sie passiert hatten.

Bei aller Skepsis, die ich, wie viele mit mir, insbesondere frauenbewegte Intellektuelle in Ost und West damals – und wie sich heute zeigt zurecht – hatten, was für ein Jubel und welche Hoffnungen!

Heute verbinden nur noch 9% der Ostdeutschen vor allem Hoffnungen mit der deutschen Einheit, 36% – Frauen mehr als Männer, Ältere mehr als Jüngere – haben vor allem Befürchtungen: vor weiterem Sozialabbau in Deutschland, in Bezug auf ihre finanziellen

Verhältnisse, sie haben Angst, in Armut und ins soziale Abseits zu geraten (Sozialreport 2008: 19/20).

Und zahlreiche Politiker fragen heute auch nicht mehr nach der historischen Chance des Vereinigungsprozesses, sondern: Wer soll wie viel und wie lange für die „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland zahlen? Es wird diskutiert, ob der Transfer in den Osten 1,5 Billionen Euro verschlungen oder doch nur 250 Milliarden gekostet hat; Fragen, die nicht selten den Blick verstellen für das, was von DDR-Frauen und -Männern bewirkt worden ist – vor allem daran will ich erinnern.

Schon vor dem Fall der Mauer – das scheint mir wichtig zu betonen - hatte in Ost und West ein Transformationsprozess begonnen, der längst nicht beendet ist. Es greift zu kurz, ihn mit der Wirtschafts- und Währungsunion Mitte 1990 nur als Zahlungstransfer von West nach Ost oder als „Jammertal Ost“ zu beschreiben.

Die Entwicklung Ostdeutschlands ist seit der Vereinigung äußerst widersprüchlich verlaufen; eine nüchterne Analyse zeigt, dass der als >Nachbau West< konzipierte >Aufbau Ost< seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre faktisch abgebrochen ist. Seit 1996 verharzt der relative Rückstand der Neuen Bundesländer gegenüber Westdeutschland bei wichtigen makroökonomischen Indikatoren bei ca. 25-30 Prozent (2007: BIP 67,2%; Arbeitsproduktivität 76,4%; Bruttolohn 77,3%; Kapitalstock je Einwohner 70,7%).

Ohne Zweifel hat auch die regionale ökonomisch-soziale Differenzierung in den Neuen Bundesländern insbesondere zwischen einigen Zentren („Leuchttürmen“) und peripheren bzw. ländlichen Räumen zugenommen. Dennoch darf das nicht dazu verführen, den Rückstand Ostdeutschlands insgesamt und die damit zusammen hängenden strukturellen Defizite und Probleme in den Hintergrund zu drängen. Es ist zu befürchten, dass sich in der nun einsetzenden wirtschaftlichen Schwächeperiode die Ost-West-Divergenzen weiter verschärfen und damit im Osten das „Gefühl der Zweitklassigkeit“ (Tiefensee) eher zu- als abnehmen wird – es sei denn, die Politik hat die Kraft, dem zu begegnen.

Vor dieser Folie der unerledigten Annäherung bzw. Angleichung will ich versuchen, den 20. Jahrestag des Mauerfalls in drei Punkten frauenpolitisch zu würdigen. Dabei kann ich - mit Blick auf die Uhr - nur auf ausgewählte Mosaikstücke eingehen.

1. Die kurze, aber heftige Frauenbewegung in der DDR - „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“

– das war der fröhlich-ironische Titel des Manifestes des Unabhängigen Frauenverbandes der DDR, der am 3.12.1989 zu seiner konstituierenden Sitzung in Berlin, in der Volksbühne zusammen kam, ein von Walfriede Schmitt initiiertes „Frauenspektakel“ mit nachhaltiger Wirkung.

Am 1. November 1989 hatten einige kritische Frauenforscherinnen der DDR – darunter Irene Dölling, Barbara Bertram (Leipzig), Jutta Gysi und ich – auf Einladung von Redakteurinnen der „Für Dich“ einen offenen Brief verfasst. Am Tag seines Erscheinens wurde er auf einer Kundgebung unter Jubel und Beifall verlesen und war einer der Funken, der die Initiative zur Gründung des unabhängigen Frauenverbandes auslöste (Schwarz/Zenner 1990: 13).

Zunächst hatten wir noch die Illusion, dass sich mit einer reformierten Politik von oben und durch den Druck einer neuen Öffentlichkeit von unten die Verhältnisse ändern ließen. „Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?“ – so war der Brief überschrieben. Wir forderten das ZK der SED auf, bei der anstehenden Veränderung der politischen und staatlichen Strukturen die Quotierung in den Funktionen und Ämtern in Staat, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft durchzusetzen und eine selbstständige Frauenbewegung zuzulassen.

Frauen aus verschiedenen politischen Strömungen und Gruppen verfassten ähnlich lautende Appelle.

Binnen kurzem gewannen Frauen eine eigene Stimme in der Transformation. Sie brachten mit dem Unabhängigen Frauenverband – und nicht zuletzt auch mit der im Herbst 1989 initiierten Gründung des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der HU Berlin – kreative, kämpferische Organisationen hervor, die bis heute Wirkung zeigen. Die stärkste und machtvollste Frauenorganisation damals war – wenn auch nur für kurze Zeit – der UFV. Er war eine Bewegungsorganisation, die sich – durchaus damals noch im Unterschied zu vielen frauenbewegten Frauen in Westdeutschland und West-Berlin – politisch-parlamentarisch beteiligen wollte. Der UFV trieb im Runden Tisch und in der Übergangsregierung unter de Maizere die Debatten um Frauenrechte und um eine neue Verfassung voran, auch wenn die Erfolge bereits mit dem Ausgang der Wahlen im März 1990 gebremst worden sind. Der Einigungsvertrag von 1990 hatte eine Reihe von Frauen betreffende Kernfragen offen

gelassen. Allen voran die Fristenlösung in der DDR und eine neue Verfassung. Der UFV machte mobil, auch als erkennbar wurde, dass Frauen in Ost und West zu Verliererinnen der deutschen Einheit wurden, z.B. auf dem Arbeitsmarkt. Die Initiative des UFV zum Frauenstreik anlässlich des Internationalen Frauentages 1994 wurde von Frauen in den Gewerkschaften, aus dem Deutschen Frauenrat und von vielen kleinen Gruppen aufgenommen und brachte Tausende von Frauen überall in Deutschland auf die Straße. Auch die Tatsache, dass in den neuen Bundesländern zunächst recht schnell Frauen- bzw. Gleichstellungsministerien eingerichtet wurden, ist nicht zuletzt der im UFV institutionalisierten ostdeutschen Frauenbewegung zu verdanken.

Weil Festreden zu euphemistischen Formulierungen verführen, zitiere ich – diesen Punkt abschließend – aus der von Ilse Lenz herausgegebenen nüchternen Studie über „Die Neue Frauenbewegung in Deutschland“: „Wir können von einer Transformation der Frauenbewegungen in dieser Zeit sprechen (gemeint sind die 90er Jahre – HMN). Denn ihre Diskurse wurden durch die (post-)sozialistischen feministischen Ansätze aus Ostdeutschland und die internationalen Debatten ... grundlegend verändert. In ihrer Praxis orientierten sich die institutionellen Flügel nun auf Macht und Zielerreichung durch Gesetzgebung. Auch die Trägerschaft hatte sich durch den breiten Aufbruch der Frauengruppen in Ostdeutschland mit ihren eigenen Diskursen und sozialen Erfahrungen nach 1989 verändert.“ (Lenz 2008:867)

2. Mit dem ostdeutschen Gleichstellungsvorsprung zurück in die westdeutsche Moderne? Oder „Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd!“

Die vergangenen 20 Jahre sind nicht einfach als frauenpolitische Fortschrittsgeschichte zu erzählen. Das wäre nicht nur aus ostdeutscher Sicht gänzlich unangemessen. Ostfrauen – um bei meinem thematischen Fokus zu bleiben - werden kaum die Verletzungen und existenziellen Verunsicherungen abtun können, die ihnen „Abwicklung“, Entwertung ihrer Ausbildungsabschlüsse - mehr noch ihrer Biografien - und Ab- bzw. Umbau der Erwerbsstrukturen zugefügt haben.

Die Besonderheit der westdeutschen Moderne liegt unter anderem gerade darin, dass sie sich in der Gleichberechtigung der Geschlechter immer wieder eine Verspätung leistet und ihr die nachholende Entwicklung einer geschlechtergerechten Gesellschaft nur zögernd gelingt. (Gerhard 2008) Ost-Frauen mussten das schmerzhaft erfahren.

Das Dilemma von ostdeutschem Gleichstellungsvorsprung und westdeutscher Moderne charakterisiert ironisch treffend eine Passage aus einem Eulenspiegel-Bändchen zum Thema: Papa, was ist ein Ossi? (Wieczorek 2002:11): Die Antwort des West-Papas auf die Frage seines Töchterchens lautet: „...das ganze Übel fängt schon bei der Erziehung an ... Stell dir vor, während deine liebe Mutti immer für dich da ist und dein lieber Papi rund um die Uhr die Kohle ranschafft, wurde das Ossi-Kind, kaum dass es geboren war, in die staatliche Kinderkrippe abtransportiert...

Die Mütter kümmern sich einen feuchten Dreck um ihre Kinder und haben sich in ihren Nylonkitteln als Verkäuferinnen in den tristen Kaufhallen rumgetrieben, sind in Gummistiefeln über die Äcker ihrer sogenannten Genossenschaften getrabt, standen in ihren vergifteten Chemiebudon rum..... Aber sich mal um ihre Kinder kümmern, nee! Das haben sie dem Staat überlassen...“

Aber immerhin, mittlerweile ist ja auch hier akzeptiert, dass Frauen erwerbstätig und Kitas kein Teufelswerk sind.

3. Ost-Frauen wehren sich!

Ich beziehe mich hier auf eine Studie im Auftrag des BMVBS von 2008 zum Thema „Frauen machen neue Länder“, die zu folgenden Ergebnissen kommt:

1. Frauen hängen Männer ab

Junge Frauen in Ostdeutschland haben ein deutlich höheres Bildungsniveau als ostdeutsche Männer und dadurch bessere Möglichkeiten am Arbeitsmarkt.

2. Ost vor West

Die allgemeine Schulbildung der ostdeutschen Bevölkerung ist besser als in Westdeutschland. Mädchen in Ostdeutschland machen heute wesentlich häufiger Abitur als ihre Alterskolleginnen und -kollegen in den alten Bundesländern.

3. Ärmer aber gerechter

Die Haushaltseinkommen in Ostdeutschland sind zwar weiterhin sehr viel niedriger als in Westdeutschland, Frauen tragen im Osten aber mehr zum Haushaltseinkommen bei. Sie sind also von ihren Partnern materiell unabhängiger.

Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind im Osten wesentlich geringer als im Westen und proportional sind mehr Frauen in einer Führungsposition als in Westdeutschland.

4. Einfach mobiler

Junge Frauen sind die mobilste Bevölkerungsgruppe der neuen Bundesländer. Sie verlassen in einem größeren Umfang als ihre männlichen Alterskollegen ihre Heimat in Richtung alte Bundesländer, aber zunehmend auch in die urbanen Zentren Ostdeutschlands.

Die Wanderungsneigung junger ostdeutscher Frauen ist ein Zeichen ihrer hohen Ansprüche: Sie wandern dorthin, wo sie gute Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten finden, aber auch an Orte, die eine hohe Lebensqualität und gute Möglichkeiten für ihre persönliche Entfaltung bieten, so die Autoren der genannten Studie.

Die Ambivalenz dieser Befunde ist möglicherweise nicht auf den ersten Blick erkennbar, auch in der Studie wird sie durch einen neoliberalen common sense verdeckt. Jeder und jede ist für sich selbst verantwortlich, Erfolg zählt. Junge Ost-Frauen „überholen, ohne einzuholen“ (Walter Ulbricht hatte sich das für die DDR gewünscht) – und wer wollte ihnen einen Vorwurf machen. Sie haben gelernt, für sich selbst verantwortlich zu sein. Weder ist ihnen die „Versorgungslücke“, die sie hinterlassen, anzukreiden noch ein „Solidaritätsdefizit“ zu unterstellen (Manche wollen das gar für den zunehmenden Rechttradikalismus junger Ost-Männer verantwortlich machen!). Wohl aber zeigt sich in der Alternativlosigkeit des Aufbruchs der jungen Ost-Frauen, wie freie Wahl (Emanzipation) zum (neoliberalen, der Marktlogik folgenden) Zwang verkommen kann und dass nicht individuell, sondern gesellschaftspolitisch darauf zu reagieren wäre.

Hier liegt m. E. eine Agenda für einen neuen politischen Feminismus, der – jenseits von Sparten- und Wellness-Feminismus – auch Anfang eines neuen Diskurses zwischen Ost und West sein könnte.

In diesem Sinne sollten wir „die“ Ost- und West-Frauen und mit ihnen den Fall der Mauer hochleben lassen!